Paris, 1. März. Boulevard. 5% Rente —.—. Anleihe 105,70. Italiener 92,95. Türken —.—. Türkenlooſe 40½. Spanier 58½. Egypter 335,00. Ottomanen 634,00. Ruhig.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik,
Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Carl Tiedemann
Lacke, Firnisse, Oelfarben eigener Fabrik
Seit 1833 Marienstrasse 27 seit 1833
Amalienstrasse 19. — Heinrichstrasse (Stadt Görlitz).

„Invalidendank"
Dresden, Seestrasse 20, I.
I. Annoncen-Expedition für alle Zeitungen.
II. Theaterbillet-Verkauf für die Dresdner Theater.
III. Effecten-Controle unter Garantie.
IV. Collection der Sächs. Landeslotterie.

Technicum Mittweida
— Sachsen. —
a) Maschinen-Ingenieur-Schule
b) Werkmeister-Schule.
— Vorunterricht frei. —

Tapisserie-Manufactur C. HESSE, Kgl. Hoflief., Dresden, Altmarkt.
Eine Partie Canevas-Stickereien verkaufe, um damit zu räumen, ausserordentlich billig.

Nr. 62. 29. Jahrgang. Auflage: 40,000 Expl.

Aussichten für den 2. März: Schwacher Südostwind, ziemlich heiter, trocken, Temperatur etwas kälter.

Dresden, 1884. Sonntag, 2. März.

Verantwortlicher Redakteur für Politisches Dr. Emil Bierey in Dresden.

Ganz im Sande wird die Schreck'sche Interpellation bezüglich einiger Vorkommnisse in der evangelischen Kirche doch nicht verlaufen. Es ist vorauszusehen, daß die angekündigten Anträge wegen Verantwortlichkeit der in Evangelicis beauftragten Staatsminister schon in der 2. Kammer keine Mehrheit finden werden. Geschähe dies dennoch, so würde sie sicher die 1. Kammer ablehnen. Ohne Nutzen wird aber die Schreck'sche Beschwerde über Unduldsamkeit, Zelotenthum, Herrschsucht und Denunciantenwesen innerhalb der evangelischen Kirche nicht bleiben. Ganz unzweifelhaft stehen die Sympathien der überwiegenden Mehrheit der evangelischen Landesbewohner Sachsens auf der Seite des Abg. Schreck. Unser Volk will im großen Ganzen von jenen Erscheinungen Nichts wissen; es unterscheidet instinktiv sehr scharf echte Frömmigkeit von Frömmelei, wahre Religiosität von äußerlichem Kirchenthum, Begeisterung für das Christenthum von bloßem Glaubenseifer. Duldsamkeit gegen Andersgläubige ist ein heller Schmuck des sächsischen Volkes. Nun entbrannte in der 2. Kammer, als der Abg. Schreck etliche unliebsame Vorkommnisse auf dem kirchlichen Gebiete tadelte, der Streit darüber, ob der Landtag die richtige Stelle sei, solche Beschwerden anzubringen, oder vielmehr die Synode. Der Abg. Schreck behauptete Ersteres, der Kultusminister v. Gerber Letzteres. Beide haben von ihrem Standpunkte aus gleichmäßig Recht. Dieser scheinbare Widerspruch löst sich, wie in vielen anderen Fällen, einfach dadurch, daß der eine Theil das materielle, der andere das formelle Recht auf seiner Seite hat. Der Landtag bewilligt für die Zwecke der evangelischen Kirche 1,770,000 Mark. Darunter befinden sich 70,000 Mark für die Kirchenaufsicht, ausgeübt durch die Superintendenten, 212,000 Mark als Zulagen an Geistliche und geistliche Stellen, 615,000 Mark als Pensionen und Unterstützungen für Geistliche, 620,000 Mark als Entschädigung für die weggefallenen Tauf-, Trau- und Begräbniß-Gebühren, 376,000 Mark als Pensionen für die Hinterlassenen von Geistlichen u. s. w. u. s. w. Dazu treten noch über 100,000 Mark für das Landes-Consistorium. Mit freigebiger Hand hat der Landtag und mit Wohlwollen für die Diener der Kirche so beträchtliche Mittel bewilligt, wie sollte er nicht das Recht beanspruchen, zu controliren, in welchem Geiste diese Landesmittel verwendet werden? Nun bestreitet der Kultusminister, daß der Landtag berechtigt sei, darüber zu befinden. Die evangelische Kirche ist seit 1874 selbstständig geworden; sie hat in der Synode ihr eigenes Kirchenparlament und gewiß ist die Synode der Ort, wo innere Kirchenfragen auszutragen sind. Aber da die Selbstständigkeit der Kirche nicht so weit geht, daß sie der Unterstützung des Staates entbehren könnte, vielmehr ohne den nervus rerum auch das jus in sacra nicht ausgeübt werden könnte, so wird sich die Landesvertretung nicht ihr gutes Recht wegdisputiren lassen, auffällige Erscheinungen im kirchlichen Leben vor ihr Forum zu ziehen. Allgemeine, in Paragraphen zu fassende Normen über die Art dieser staatlichen Controle mögen schwer zu finden sein und der Abg. Schreck wird wohl seinem juristischen Scharfsinn hierbei harte Nüsse zu knacken geben müssen; aber es bedarf auch derartiger Feststellungen, die alle Einzelfälle treffen, nicht. Es genügt, wenn bei der Berathung des Kultusbudgets sächsische Volksvertreter ihre Wahrnehmungen aussprechen. Denn wenn orthodoxe und herrschsüchtige Heißsporne wissen, daß lediglich die Synode ihre Amtsführung controlirt, so werden sie sich mit dem Sprichwort trösten: „Clericus clericum non decimat!" Die Genugthuung, in welcher der sonst so maßvolle Kultusminister Dr. v. Gerber den Ausführungen des Abg. Schreck begegnete, zeigt, daß ein wunder Punkt berührt war. Im Uebrigen hat es sich immer nur um wenige, vereinzelte Vorgänge gehandelt und keineswegs liegen die Dinge so schlimm, daß etwa Kirchenstreitigkeiten oder so Etwas wie eine Kulturkampfpaukerei in Sachsen zu besorgen wäre. Das Volk weiß das Wirken treuer Seelsorger wohl zu würdigen. Die Mitwirkung der Kirche an den großen sozialen Reformaufgaben der Zeit wird Niemand gering anschlagen oder verschmähen wollen.

Die französische Deputirtenkammer wird sich zunächst schlüssig zu machen haben, ob sie die nöthigen Mittel zur Verbesserung des Volksschulgesetzes bewilligt oder durch Versagung derselben die Schulreform selbst ins Ungewisse vertagt. Paul Bert, unter Gambetta selbst Unterrichtsminister, der Verfasser des neuen Schulgesetzentwurfs, hat seine Ansprüche behufs Verbesserung der Lehrergehalte auf 16 Millionen Francs ermäßigt. Aber selbst diese winzige Summe scheint nicht locker gemacht werden zu können, ohne das mühsam hergestellte Gleichgewicht im Budget zu gefährden. Unter den Vorschlägen, dem Staate neue Einnahmen zu erschließen, figurirt auch eine veränderte Erhebung der Branntweinsteuer. Man ist hinter große Verluste gekommen, die der Staat jetzt infolge ungenauer und betrügerischer Manipulationen bei der Erhebung der Getränkesteuer erleidet. Eine verbesserte Erhebung würde 100 Mill. mehr den Staatskassen zuführen; der Finanzminister begnügt sich mit Vorschlägen, die wenigstens 40 Mill. mehr herauspressen. Die Lüderlichkeit der französischen Finanzverwaltung wird am besten dadurch illustrirt, daß ein Gesetz über die Besteuerung des Essigs überhaupt noch gar nicht angewendet worden und gänzlich in Vergessenheit gerathen ist. Es ist ferner ein öffentliches Geheimniß, daß die Tranksteuer auch deshalb so geringe Erträge liefert, weil sich die Regierung scheut, sie streng von den Schankwirthen einzutreiben. An einflußreiche Gastwirthe in den Departements getrauen sich die republikanischen Behörden gar nicht so heran mit dem Steuereintreiber, weil sie besorgen, die Wirthe könnten ihre Macht über die Bauern dazu anwenden, antirepublikanische Wahlen herbeizuführen. Man glaubt daher, daß auch die wohlgemeintesten Vorschläge, mehr Geld aus der Tranksteuer herauszuschlagen, an derartigen unwürdigen Praktiken, aus politischen Gründen habgierige Gastwirthe zu schonen, scheitern werden. Nun sind aber außer den Schankwirthen auch die Schullehrer sehr einflußreiche Leute auf dem Lande, deren Gunst zu erwerben gleichfalls den Republikanern als ein Staatserforderniß erscheint. Mindestens bedürfen die Schullehrer weit eher die Verbesserung ihres Loses als die Gastwirthe, von denen so viele nicht schnell genug reich werden können. Unter 89,000 Elementarlehrern und Lehrerinnen beziehen in Frankreich nur 4489 ein Einkommen über 1900 Frcs.; 8690 genießen ein solches von nur 600 Frcs. und darunter. Man bedauert in Frankreich allgemein, daß die vielen überseeischen Kriege Millionen verschlingen, die daheim weit besser anzuwenden wären. Aber kein Journal, am allerwenigsten Herr Paul Bert, der Revanchepostel, macht den praktischen Vorschlag, obige lumpige 16 Mill. dem beinahe eine Milliarde betragenden ordentlichen und außerordentlichen Kriegsbudget zu entnehmen. — Der französische Senat wird sich demnächst mit dem Ehescheidungsgesetze zu befassen haben. Doch handelt sich's hierbei mehr um das Aussprechen des Prinzips, als um seine Durchführung. Wunderliche Vorschläge werden da gemacht! So soll niemals eine Ehe geschieden werden dürfen, wenn Kinder vorhanden sind. Wenn also Vater oder Mutter durch ihre Aufführung die kristigsten Gründe zur Scheidung der Ehe liefern, sie soll ungelöst bleiben und die Kinder geben damit des Hauptsiegens einer Ehescheidung verloren: dem Einflusse des schuldigen Theils des Ehepaares entzogen zu werden. Wenn aber keine Kinder vorhanden sind, so darf die Ehescheidung nur gefordert werden, sobald ein Theil den anderen innerhalb der beiden ersten Jahre der Ehe verläßt, die Ehe bricht oder dergl. Sind 2 Jahre aber verflossen, so bleiben unwiderruflich die Gatten aneinander gefesselt. Diese Zeitbestimmung der 2 Jahre, diese zarte Rücksicht auf die Flitterwochen, hat etwas unendlich Komisches und ist eigentlich ein Lustspielmotiv. Im 24. Monat der Ehe soll sich eine Frau, die ihr unwürdiger Gatte nichtswürdig verlassen und in Noth und Elend gestürzt hat, auf Scheidung klagen können, im 25. nicht! Von solchen Albernheiten wimmelt der neue Entwurf.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 1. März.

Berlin. Der deutsche Kronprinz begiebt sich am Ende nächster Woche nach Kiel, um seinen Sohn, den Prinzen Heinrich, nach dessen Rückkehr von seiner Weltreise zu empfangen und nach Berlin zu begleiten. Der Großfürst Michael kommt Anfang nächster Woche von seiner Reise nach Stuttgart, Darmstadt, Karlsruhe, nochmals hier an und reist ohne Aufenthalt nach Petersburg weiter. — Auf der Tagesordnung der heutigen Bundesrathssitzung standen das Aktiengesetz, Unfallgesetz, die Vorlage über den Feingehalt von Gold- und Silberwaaren und der Gesetzentwurf über die Fabrikation von Zündhölzchen aus weißem Phosphor. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß das Unfallgesetz noch abgesetzt wird, da eine Anzahl Bundesbevollmächtigter noch ohne Instruktionen ist. In Betreff der Errichtung des Reichsversicherungsamtes sind keine Abänderungsvorschläge von den Bundesregierungen gemacht worden. Damit fallen auch die daran geknüpften Schlußfolgerungen über das ev. Schicksal der Vorlage. Aus Bundesrathskreisen verlautet, dem Reichstage werde wahrscheinlich ein Antrag auf Verlängerung des Sozialistengesetzes auf weitere 3½ Jahre zugehen. Die Steuerkommission des Abgeordnetenhauses beschäftigt sich jetzt mit der Frage der Einführung der Declarationspflicht. Die Regierungsvorlage hat die Declarationspflicht nur für das Kapitalrenteneinkommen in Aussicht genommen. Die Mehrheit der Kommission wünscht jedoch die Ausdehnung derselben auf alle Einkommen über 3000 Mark, wobei man sich hauptsächlich auf die in Sachsen gemachten günstigen Erfahrungen beruft.

Elbing. In der vergangenen Nacht ist ein Theil der Schichauschen Maschinenfabrik niedergebrannt, wodurch gegen 600 Arbeiter augenblicklich brodlos geworden sind.

Pest. Der Deputirte Eötvös interpellirte heute die Regierung wegen der zahlreichen Sozialistenausweisungen.

Paris. Boulevardblätter erzählen, Graf Henckel v. Donnersmarck lasse das berühmte Hotel seiner verstorbenen Frau in den elysei'schen Feldern zum Zeichen seiner Trauer niederreißen.

Rom. Die „Agenzia Stefani" erklärt die umlaufenden Gerüchte über eine partielle oder totale Ministerkrisis für unbegründet.

Moskau. Gestern Nacht ist ein auf der Moskau-Brester Bahn von Brest kommender Güterzug auf der Dnieprbrücke unweit Wiasma entgleist, wobei die Brücke beschädigt und das Hauptgeleis durch die über einander gestürzten Wagen gesperrt wurde. Der nachfolgende Postzug konnte noch rechtzeitig aufgehalten werden.

Christiania. Das Reichsgericht wählte eine 12gliedrige Deputation, um dem Könige das gegen den Minister Selmer gefällte Urtheil mit dem Ersuchen zu überreichen, dasselbe vollstrecken zu lassen.

London. Eine der Admiralität zugegangene Depesche des Kommandanten von Suakim bestätigt, daß gestern den ganzen Tag gekämpft wurde. Der Feind ist überall geschlagen, die Verluste der Engländer sind 10 Todte, 40 Verwundete; der Feind soll gegen 1000 Mann verloren haben.

Aberdeen. Auf der Eisenbahn bei Forfar in Schottland stießen heute drei verschiedene Züge aufeinander. Eine große Anzahl Wagen wurde vollständig zerstört. Ueber die Zahl der Getödteten und Verwundeten ist Näheres noch unbekannt.

Kairo. Nach einer Reutermeldung hat die englische Regierung der Absendung von 2 Bataillonen englischer Truppen nach Assuan zugestimmt. Der Zeitpunkt des Abmarsches ist noch nicht bestimmt. Privatdepeschen aus Khartum besagen, daß der Enthusiasmus, womit die Bevölkerung Gordon bei der Ankunft empfing, rasch verschwunden sei und das anfänglich wiedergekehrte Vertrauen habe schweren Besorgnissen Platz gemacht. Die Proklamationen Gordons wurden von oberhalb Khartums wohnenden Stämmen verhöhnt und die Mission Stewarts nach dem weißen Nil ist als gescheitert anzusehen.

Washington. Das Repräsentantenhaus nahm eine Bill betreffend die Verhinderung und Bekämpfung der Viehseuche an.

Berliner Börse. Die auf 14 Gulden festgesetzte Dividende der Kreditanstalt befriedigte umsomehr, als gestern ungünstige Dividendengerüchte kursirten. Die Tendenz war daraufhin im Ganzen recht fest, lebhaftere Kauflust, namentlich für Banken, trat erst gegen Schluß hervor, spekulative Banken höher, Kreditaktien gewannen 7 Mark, Diskontogesellschaft 1 % Proz., auch Kassabanken waren theilweis recht belebt und höher, österreichische Bahnen animirt und besser, österreichische Prioritäten gut behauptet, für deutsche Bahnen war die Stimmung gleichfalls nicht ungünstig, wenigstens gilt dies von Kassabahnen. Die leitenden Papiere auf diesem Gebiete vermochten sich nicht durchweg zu behaupten. Berg- und Hüttenwerke still, aber recht fest. Industrien vorwiegend anziehend. Namentlich waren Brauereien fest. Deutsche Fonds mäßig belebt. Fremde Renten belebter als gestern. Russen, Italiener und ungarische Goldrente waren anziehend.

Frankfurt a. M., 1. März. Credit 269½. Staatsbahn 265½. Lombarden 121. 60er Loose —. Oesterr. Silberrente —. Papierrente —. Galizier 25½. Oesterr. Goldrente —. 4% Ung. Goldrente —. 77er Russen —. 80er Russen —. 2. Orientanleihe —. Neueste Ungar. Goldanleihe —. 3. Orientanleihe —. Ungar. Papierrente —. Disconto —. Egypter 68½. Gotthardbahn 96¼. Mainzer —. Fest.

Wien, 1. März. Credit 310,60. Staatsb. 313,10. Lombarden 143,70. Marknoten 59,22. Ung. Credit 314,00. Elbethal —. Fester.

Paris, 1. März. (Schluß.) Rente 76,10. Anleihe 105,52. Italiener 92,80. Staatsbahn 650. Lombarden 315,00. do. Prioritäten 295. Egypter 338. Oesterr. Goldrente 85½. Schwach.

Lokales und Sächsisches.

— Jagdzeug-Inspektor Eitisch im Jagdschloß Grunewald erhielt das Ritterkreuz II. Klasse vom Albrechtsorden.

— Dem Direktor der hiesigen städtischen höheren Töchterschule, Dr. phil. Hausmann, wurde der Titel „Professor" verliehen.

— Der Reichsgerichtsrath Rappold zu Leipzig erhielt den preußischen Rothen Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub.

— In der ersten Kammer gelangte am Freitag der Schreck'sche Antrag um Vorlegung eines Gesetzes über den Erlaß von Schank- und Tanzstättenverboten gegen Abgabenrestanten zur Berathung. Die Deputation, Ref. v. Böhlau, empfiehlt, dem diesbezüglichen Beschluß der zweiten Kammer beizutreten. Dr. Georgi jedoch wendet sich in längerer Rede gegen den Antrag. Ein allgemeines Gesetz in dieser Hinsicht sei nicht nöthig, man solle die Regierung einfach ermächtigen, örtliche Statuten in ähnlichem Sinne dort, wo sich's nöthig macht, zu bestätigen. In den großen Städten sei ja die Sache so wie so undurchführbar. Man solle sich ferner in Auslegung des § 61 des Armenrechts unter den heutigen Verhältnissen hüten, den Kreis der Armen zu erweitern. Auch Oberbürgermeister Dr. André spricht aus, daß es nur auf die Ermächtigung der Regierung zu solch örtlicher Statutenbestätigung ankomme, und der Regierung nur das Zurechtbestehen ihrer bezüglichen Auslegung der Armenordnung zu gewährleisten sei. Auch die Deputation sagt, sie sei in Vielem mit Dr Georgi einverstanden. Geh. Rath Charpentier sucht eine Behauptung Georgi's zu berichtigen und versteht hierbei, daß er sich in direkten Widerspruch mit der bezüglichen Erklärung seines Ressortchefs Minister v. Nostitz-Wallwitz bei der Berathung des Entwurfs in der zweiten Kammer setzte, was ihm Dr. Georgi nachwies. Präsident v. Criegern meint, daß es unschädlich sei, den Gesetzentwurf der Regierung als Material zu unterbreiten, und befürwortet die Annahme des Deputations-Antrages, um eine Differenz mit der zweiten Kammer zu vermeiden. Abg. Pelz erklärt sich ebenfalls für den Antrag. Hierauf wird derselbe gegen 4 Stimmen angenommen. Schließlich läßt die Kammer die Petition der Frau Wilhelmine Kreickemeier aus Dresden, um Ermächtigung zum Verkauf des von ihr gefertigten Augenbalsam, sowie die Petition G. Hartmann's in Berbersdorf bei Böhrigen, Wegebaulasten betreffend (Ref. v. Schönberg-Mockritz) ohne Debatte auf sich beruhen. Der letzte Punkt der Tagesordnung, Anzeigen über unzulässige Petitionen, wird wegen Abwesenheit des Vorsitzenden der Petitionsdeputation abgesetzt.

— Die Petitions-Deputation der zweiten Kammer, Ref. Käufer, empfiehlt, dem ehemaligen Nagelfabrikanten August Zimmermann in Dresden, dessen Maschinen-Nagelfabrik in Elterlein 1848 durch aufgeregte Arbeiterhorden und fremdes Gesindel zerstört worden und der seitdem in großer pekuniärer Bedrängniß lebt, da ihm nur eine geringe Entschädigung gewährt wurde, eine lebenslängliche Unterstützung von 600 M. jährlich aus Staatsmitteln zu bewilligen.

— Immer noch laufen Petitionen an den Landtag ein, wenn dieselben auch nicht mehr so zahlreich zuströmen als bei Beginn desselben. Das vorliegende 8. Petitionsverzeichniß umfaßt die Nummern 330 bis 352, welche theilweise in der ersten Kammer bereits zur Berathung gelangt sind, wie z. B. die drei letzten Petitionen des Lack- und Petitionsfabrikanten Heinrich Dietz in Leipzig, wie die Petition des M. Windisch über das Bestehen geheimer Gesetze, die des Konsumvereins in Oderwitz um Aufhebung der Besteuerung von Konsumvereinen und E. Schmeißer's in Fischbach um Aufhebung der Hundesteuer. Petitionen um Eisenbahnbauten und Anschlüsse sind in erster Linie vertreten, ebenso Beschwerden über Behörden. So beschwert sich die Filiale der Geraer Bank in Chemnitz wegen ihrer Heranziehung zu den Kirchen- und Schulanlagen für Chemnitz und bittet um eine authentische Interpretation der einschlagenden Gesetze. Der landwirthschaftliche Verein zu Mühlbach bei Frankenberg petitionirt noch nachträglich um Herabsetzung der Fortbildungsschulpflicht, der Hausbesitzerverein in Plauen bei Dresden wünscht Ermäßigung der staatlichen Grundsteuer; um dasselbe bittet auch der Hausbesitzerverein zu Glauchau. Schließlich hat noch Abg. Liebknecht 47 Anschlußerklärungen an die Petition Otto Richter's in Pieschen um Abänderung des Wahlgesetzes überreicht.

— Zwischen der Gesetzgebungs-Deputation der ersten Kammer, welcher der Gesetzentwurf über Einführung eines Staatsschuldbuches zur Berichterstattung übergeben wurde, und der Finanz-Deputation, mit welcher sich dieselbe zu diesem Zweck in Verbindung gesetzt hat, konnte betreffs des Entwurfs keine Uebereinstimmung erzielt werden, vielmehr beantragte die Gesetzgebungs-Deputation vollständige Ablehnung des Entwurfs, die Finanz-Deputation dagegen, mit Ausnahme des Vicepräsident Hensel, ist zu der Resolution gekommen, der Einführung eines Staatsschuldbuches vom allgemeinen finanzpolitischen Gesichtspunkte zuzustimmen. Vicepräsident Hensel ist der Ansicht, daß dem Landtagsausschusse zur Verwaltung der Staatsschulden nach seiner dermaligen Verfassung die Führung des Staatsschuldbuches nicht übertragen werden könne, und die Einführung nicht so dringlich sei, daß ohne vorherige Erledigung der in dieser Beziehung zu erhebenden Bedenken durch eine anderweitige Einrichtung zur Einführung des Staatsschuldbuches zu schreiten sei. Auch die Gesetzgebungs-Deputation glaubt, daß die Wahrnehmung der Geschäfte, welche durch den Gesetzentwurf dem Landtagsausschuß zur Verwaltung der Staatsschulden übertragen werden, sich für dieses nicht eigne, und hält es demnach für nothwendig, daß zuvor eine diesbezügliche Aenderung der Verfassungsurkunde herbeigeführt werde, umsomehr, als bei der Vermehrung der Staatsschulden im Laufe der Zeit deren Verwaltung einen Umfang angenommen hat, welcher die Fortführung der jetzigen Staatsschuldenverwaltung unzweckmäßig erscheinen läßt. Für so dringlich aber erachtet die Deputation die Einrichtung eines Staatsschuldbuches nicht, daß der durch ihre Auffassung bedingte Aufschub ihr bedenklich erscheine. Demnach beantragt dieselbe Ablehnung des Gesetzentwurfs, für den Fall aber, daß sich die Kammer doch für Annahme desselben entscheiden sollte, empfiehlt sie eine größere Anzahl nicht unwesentlicher Abänderungen in Form und Inhalt. Voraussichtlich werden die zu Tage getretenen Gegensätze in der Plenarberathung lebhafte Debatten hervorrufen.

— Einer Einladung des Direktors der Taubstummenanstalt, Hofraths Fenke, zu Folge wird sich die zweite Kammer am Dienstag Vormittag nach diesem Institut begeben, um die Einrichtungen desselben in Augenschein zu nehmen. Demnach wird am Dienstag keine Sitzung stattfinden.

— Welch' allgemeiner Achtung und Verehrung sich der verstorbene Landtagsabgeordnete, Kunstgärtner Müller in Oederan, in seiner Vaterstadt und seinem ganzen Wahlkreise erfreute, davon legt die uns vorliegende Donnerstagsnummer des Wochenblattes und Anzeigers für Oederan und Umgegend ein beredtes Zeugniß ab. Der nicht allzugroße Raum des Blattes ist zur Hälfte mit Nachrufen gefüllt, die dem Verstorbenen von Vereinen und Privatpersonen gewidmet sind. An den redaktionellen Nachruf schließt sich ein solcher der freiwill. Feuerwehr an, dann ruft der Gewerbeverein dem Entschlafenen ein „Ruhe in Frieden" nach, und seine politischen Freunde im 18. städtischen Wahlkreis betrauern in ihm einen Mitbürger von außerordentlicher Thatkraft, gepaart mit großem Wissen und schönster Humanität. Hieran reiht sich noch ein Nachruf des Turnvereins und eine Anzahl anderer von Privatpersonen ausgehender.